

Erklärung einstimmig auf der JHV am 20. März 2014 angenommen

Gemeinsame Erklärung der SPD Ortsvereine Köln-Südstadt und Köln Bayenthal, Marienburg, Raderthal, Raderberg

Wir sind weiterhin für ESIE und für ein Justizzentrum an der Luxemburger Straße

Wir halten das vom Rat beschlossene Entwicklungskonzept südliche Innenstadt Erweiterung (ESIE) weiterhin für ein gutes und innovatives Konzept und plädieren eindeutig dafür, es in der mit den Bürgern und politischen Gremien diskutierten Form umzusetzen. Die zukünftige Nutzung der Flächen an der Alteburger Straße, Koblenzer Straße und dem Gebiet der Großmarkthalle an der Bonner Straße für Wohnen, Schulen und sozialverträglichen Büro- und Gewerberaum halten wir für richtig und wichtig. Die vorgesehene Verlängerung des Grünzugs Süd bis zum Rhein soll auch auf jeden Fall umgesetzt werden. Denn wir brauchen auch an dieser Stelle mehr Grün.

In der südlichen Innenstadt und in Bayenthal benötigen wir unbedingt mehr bezahlbaren und für Familien, Senioren und Behinderte geeigneten Wohnraum. Wir wollen, dass auch in der Innenstadt und den an sie angrenzenden Gebieten eine gute soziale Mischung erhalten bleibt.

Der Rat der Stadt Köln hat mit dem kooperativen Baulandmodell ein gutes Instrument für die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum geschaffen. Da wo Familien sind, wird auch die entsprechende schulische Infrastruktur gebraucht. Deshalb begrüßen wir, dass in dem ESIE Konzept auch der Bau neuer Schulen enthalten ist. Statt einer Schule an der Alteburger Straße ein neues Justizzentrum zu platzieren, halten wir für nicht akzeptabel, weil dies nur zu Lasten des Wohnungsbaues gehen kann.

Wir sind eindeutig für den Verbleib des Justizzentrums an der Luxemburger Straße. Hierfür sprechen viele Gründe, nicht zuletzt der geringere Aufwand und die geringeren Kosten. Hinzu kommt die jahrzehntelange Tradition des Standortes und die gute Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr. Allerdings darf es bei einem Neubau des Justizzentrums an der Luxemburger Straße keine substantielle Beeinträchtigung der Grüngürtelerweiterung geben.